

Geisenheimer Zeitung

General-Anzeiger für den Rheingau.

Anzeigeblatt der Stadt Geisenheim.

Verusprecher Nr. 123

Verusprecher Nr. 123.

Erscheint
wöchentlich dreimal, Dienstag, Donnerstag und Samstag.
Verzugspreis: 1 M 80 & vierteljährlich frei ins Haus
oder durch die Post; in der Expedition
abgeholt vierteljährlich 1 M 50 &.



Insertionspreis
der 6-gespaltigen Zeile oder deren Raum für Geisenheim 10 &;
außwärtsiger Preis 15 &. — Reklamenpreis 30 &.
Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif.
Nr. 2789a der Reichspost-Zeitungsliste.

Nr. 2

Für die Schriftleitung verantwortlich:
Arthur Jander in Geisenheim a. Rh.

Samstag, den 5. Januar 1918.

Druck und Verlag von Arthur Jander
in Geisenheim a. Rh.

18. Jahrg.

Deutscher Tagesbericht.

WTB. Großes Hauptquartier 2. Januar (Amtlich)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Hast an der ganzen Front kam es zu lebhaften Kämpfen der beiderseitigen Artillerien. Klares Frostwetter begünstigte ihre Tätigkeit.

Bei englischen Vorstößen, die östlich von Ypern und nördlich vom La Bassée-Kanal scheiterten, sowie bei eigenen erfolgreichen Unternehmungen, östlich von Moenvres und in der Champagne wurden Gefangene und einige Maschinen-gewehre eingebracht.

Seit ersten Januar verloren unsere Gegner im Luftkampf und im Abwurf von der Erde 23 Flugzeuge und zwei Fesselballone. Oberleutnant Voerger errang seinen 20. Luftsieg.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

An der

Mazedonischen Front.

Keine größeren Ereignisse.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Von den Friedensverhandlungen

Die Gegner und Brest-Litowsk.

Die „Times“ meldet aus Washington: Zwischen London, Paris und Washington erfolgt ein Gedankenaustausch über die Formulierung der Antwort auf die österreichisch-deutschen Friedensvorschläge, die den Alliierten durch die Bolschewiki übermittelt worden sind. Es ist noch nicht bestimmt, ob Wilson, Lloyd George oder Clemenceau antworten werden, aber in jedem Falle würde die Antwort mit der letzten Erklärung Wilsons übereinstimmen und wahrscheinlich eine neue Auffassung der Kriegsziele in Form eines Aufrufes an die feindlichen Völker über die Köpfe ihrer Herrscher hinweg enthalten.

Die letzte Äußerung Wilsons, auf die hingewiesen wird, bezog sich auf Brest-Litowsk und besagte, daß es „keinen Frieden mit dem preussischen Militarismus und der preussischen Autokratie geben“ kann. Wäre diese vom deutschen Volk desavouiert, dann wäre Amerika der erste, der usw. Auf diese unsinnigen Ansichten läßt sich natürlich kein allgemeiner Friede erreichen. Die Russen werden sich bestens für die Gefolgschaft derartiger Phantasten bedanken.

Die Entente und die Verhandlungen.

Nach „Daily Chronicle“ findet schon über die Antwort der Zentralmächte und die russischen Bedingungen ein Gedankenaustausch statt zwischen den Regierungen von England, Frankreich, Italien und den Vereinigten Staaten.

Wisser Wilson überlegt.

Nach „Daily Telegraph“ erklärte Wilson, daß die amerikanische Regierung als erste bereit wäre, den Zusammentritt der Friedenskonferenz zu verlangen, sobald Deutschland seine Eroberungspläne aufgäbe, und wenn es sich um ein scharf umrissenes Friedensangebot handelte.

So ein albernere Räuber! Als ob das Deutschland nicht wiederholt bekannt hätte!

Die Ukraine.

Hundert ukrainische Mitglieder der gesetzgebenden Versammlung sind, wie Reuters berichtet, von Kiew nach Petersburg unterwegs.

Reuters erfährt, daß in Odessa eine Volksabstimmung entscheiden soll, ob Odessa sich der Ukraine oder Westrußland anschließen soll.

Die Voten bei den Friedensverhandlungen.

Die Wünsche der Polen, bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk zugelassen zu werden, sind, wie wir hören, von der deutschen Regierung mit Wohlwollen aufgenommen worden. Es soll den Polen nunmehr ermöglicht werden, Sachverständige zur Beratung von Sonderfragen zu den Friedensverhandlungen nach Brest-Litowsk zu schicken. Was hier unter „Sonderfragen“ zu verstehen ist, darüber verlautet nichts Bestimmtes; es liegt auf der Hand, daß dieser Rahmen unter Umständen soweit gezogen werden kann, daß die Polen auch in dieser Frage so ziemlich alle ihre Wünsche erfüllt sehen werden. Eine Teilnahme an den Abstimmungen wird ihnen allerdings nicht zugestanden.

Was wird die „Konstituante“ tun?

Die Einberufung des neuen russischen Parlaments, von dem das Schicksal Rußlands abhängt, steht nun unmittelbar bevor. Von ihr wird es abhängen, ob die Bolschewiki weiter die Macht behalten werden oder nicht. Die Engländer befürchten das. Der Petersburger Korrespondent der „Daily News“ meldet:

Allgemein glaube man, das Friedensprogramm der Bolschewiki werde die Billigung der Rationarversammlung finden.

Wir verhandeln mit der Ukraine.

Staatssekretär v. Kählmann hat den Ukraine-Delegierten durch ein Telegramm nach Brest-Litowsk seine Bereitwilligkeit ausgesprochen, mit ihnen zu verhandeln. Die ukrainische Delegation wird ein Taktet überreichen, das über die Selbständigkeit ihres Landes Erklärungen enthält. Ueber die ihnen zugesagte Mitwirkung bei den Friedenskonferenzen haben die ukrainischen Vertreter sich sehr erfreut geäußert. Alle Mühe der Entente, die Ukraine von den Friedensverhandlungen fern zu halten, ist mithin vergebens gewesen. Wie das übrige Rußland will auch die Ukraine den Frieden.

Russische Streiklichter.

Die Regierung Petins ernannte den ehemaligen kaiserlichen Kammerherrn Besobrasow zum Direktor der Staatsbank. Er ist durch seine Beteiligung an den Bolschewiktionen in der Wandschmied bekannt.

In Petersburg wird die Protration auf 300 Gramm für zwei Tage festgesetzt. Es scheint das eine Folge der von Kaledin getroffenen Maßnahmen zu sein, die die Verschwendung von Lebensmitteln nach den Gegenden verbietet, die sich in der Gewalt der Bolschewiki befinden.

Eine neue sozialistische Aktion?

Nachmals Stockholm?

Die Sozialisten sollen den Engländern die Verschleppung der Entscheidung mit Rußland erleichtern. In diesem Plane liegen wohl die folgenden Einzelheiten, über die der „Vorwärts“ sich aus Schwedens Hauptstadt drücken läßt: „Stockholm, 1. Jan. Die englische Arbeiterpartei ließ dem hiesigen bolschewistischen Auslandsvertreter, Borowski, ein für die russische Regierung bestimmtes Protesttelegramm gegen den Abschluß eines Sonderfriedens zugehen. Der Uebermittler dieses Protestes fragte zugleich an, ob die russische Regierung bereit wäre, den Friedensschluß so lange zu vertragen, bis eine internationale Sozialistenkonferenz stattgefunden hätte.

Borowski antwortete, die russische Regierung würde tatsächlich bis zur Entscheidung der internationalen Sozialistenkonferenz warten, falls die Entente Regierungen zugleich mit der Bolschewiki die Gewißheit gäben, daß sie von der Sozialistenkonferenz keine Herabsetzung der Friedensarbeit erwarteten, sondern zu einem allgemeinen Frieden gemäß den russischen Vorschlägen bereit seien.

Das „Vorwärts“-telegramm erläutert das dahin: „Die vorstehende Mitteilung, die auf Borowski selbst zurückgeht, wird etwaigen Mißverständnissen vorbeugen. Die russische Regierung tritt entschieden für den allgemeinen Frieden ein, den sie lieber der Hand der sozialistischen Internationale anvertrauen würde, als jener der Regierungen, die würde aber auf keine internationalen Sozialistenkonferenz eingehen, die zu einem Mittel der Kriegsverlängerung mißbraucht würde, und sie hofft, daß die Arbeiterschaft in allen Ländern auf ihre Regierungen einen entschiedenen Druck im Sinne des russischen Vorschlages ausüben werde.“

Frankreich will nicht mittun.

Offenbar sollen die englischen Sozialisten die Hineinlegung der Russen allein besorgen. Den Franzosen traut ihre Regierung dafür die nötige „Inverlässigkeit“ nicht mehr zu. Der französische Ministerpräsident Clemenceau hat eine Abordnung der Vereinigten Sozialisten, bestehend aus Albert Thomas, Hubert Rouger, Renaudel, Cachin und Jean Longuet empfangen, die um Reisepässe für Petersburg baten, wo sie den Abschluß eines Sonderfriedens zu verhindern oder wenigstens zu bewirken suchen wollten, daß er so unschädlich wie möglich ausfiele.

Clemenceau erwiderte:

Bei aller Anerkennung ihrer Vaterlandsliebe könne er unter den verwirrten Verhältnissen in Petersburg keinen Erfolg von ihrem Schritte erhoffen; vielmehr würde die Bewilligung von Pässen zu diesem Zwecke ihrer Sendung einen solchen Anstrich geben, daß unerwünschte Wirkungen auf die öffentliche Meinung im Lande und an der Front eintreten würden. Vielmehr würde man sagen, daß Frankreich an Vorbesprechungen über Friedenspräliminarien teilnehme. Dies sei aber mangels ernst zu nehmender Vorschläge der feindlichen Mächte ganz und gar nicht die Absicht.

Die wirtschaftlichen Friedensberatungen.

Am Donnerstag wird der unaarische Minister-

präsident Dr. Kretzschmar an den Verhandlungen über die mit den Friedensverhandlungen zusammenhängenden wirtschaftlichen Fragen sowie an den Beratungen, die in der Angelegenheit der Vorbereitung eines Handelsvertrages mit Deutschland stattfinden, teilnehmen. Bei diesen Beratungen wird die deutsche Regierung durch den Wirkl. Geh. Rat Koerner vertreten sein.

Wetten auf Friede vor Ende April.

Ein charakteristisches Bild der Friedensansichten Englands bieten die Friedenswetten. Lloyd schlägt solche für einen Separatfrieden mit 2:1, dagegen für den allgemeinen Frieden vor Ende April mit 1:1 ab.

Die Friedensverhandlungen.

Am 5. Januar werden die Verhandlungen in Brest-Litowsk wieder aufgenommen werden. Auch dem zweiten Verhandlungsabschnitt wird der österreichische Minister des Innern, Graf Czernin, beiwohnen.

Poincaré will bis zum Endsteg kämpfen lassen.

Nach einer Savas-Meldung hat Präsident Poincaré auf eine Glückwunschkarte des Königs der Belgier geantwortet, daß Frankreich entschlossen sei, bis zum Endsteg zu kämpfen. Dem König von Italien hat der Präsident im gleichen Sinne geantwortet.

Im sicheren Hafen in Paris läßt sich dieser „Mut“ schon aufbringen. Die „Bolsus“ in den Schützengräben werden anders darüber denken.

Innere Kämpfe in Sibirien.

Während der Kämpfe in Irkutsk ermordete die Rote Garde einen französischen Konsulargenanten und zwei andere Franzosen. Die Stadt brennt. Die Bevölkerung leidet Hunger. Die Maximalisten erhalten Verstärkungen aus Kasanowarst.

Werden die Bolschewiki sich halten?

Von dem Schicksal der maximalistisch-bolschewistischen Regierung hängt alles ab; denn sie ist unser Gegenpart bei den Verhandlungen und also auch bei den Beschlüssen. Gelingen sie, dann bringen alle Vorschläge keinen Frieden im Osten. Da ist eine englische Stimme von Interesse, die sich mit der gegenwärtigen Regierung beschäftigt. Der Londoner Journalist Ramsome, der Mitarbeiter der „Daily News“, ist nach Petersburg zurückgekehrt. Er berichtet, jetzt habe er bemerkt, daß die in der englischen Presse erscheinenden Nachrichten über Unruhen auf mutwilliger Verdrehung durch die Oppositionsblätter gegründet seien. Zum erstenmal seit der Revolution sei die Regierung in Rußland auf einer wirklichen Macht gegründet. Das Volk liebe vielleicht die Bolschewiki nicht, aber es gehorche ihnen mit erstaunlicher Bereitwilligkeit. Die gegenwärtige Regierung aus Arbeitern sei außerordentlich tatkräftig und entschlossen. Ramsome nennt die Behauptung, daß die Regierung die Konstituante nicht zusammenkommen lassen wolle, eine Beschimpfung. Die Regierung werde sie sofort zusammenrufen, wenn 400 Mitglieder in Petersburg eingetroffen seien, was in zehn Tagen der Fall sein werde. Die Regierung werde dann, weil die Hälfte der Sozialrevolutionäre sie stützen werde, die Mehrheit hinter sich haben und werde jeden Versuch, sie mit Gewalt zu stürzen, unterdrücken.

Ueber die Ansichten von Brest-Litowsk

wird allerlei an Einzelheiten verbreitet, das sich nicht so ohne weiteres nachprüfen läßt. Wie verlautet, soll über eine Reihe von Fragen, die in Brest-Litowsk zur Verhandlung stehen, eine Uebereinstimmung mit den russischen Wünschen erzielt worden sein, wenn freilich andererseits auch nicht zu leugnen ist, daß über einige wichtige Gegenstände die Besprechungen mit Rußland noch werden fortgesetzt werden müssen, ehe über sie völlige Einigkeit erreicht ist. Zu diesen letzteren gehört vor allem auch die Frage über das Referendum (Volksabstimmung) in den von uns besetzten Gebieten sowie die noch völlig ungeklärte Frage wie das von Rußland proklamierte Selbstbestimmungsrecht in den von uns unbefetzten Gebieten Estlands und auch den nordöstlich gelegenen Ostlands ausgeübt werden soll.

Im Reichstage.

Der Reichstagsausschuß des Reichstags ist auf Donnerstag einberufen worden, um über die Frage einer sofortigen Einberufung des Reichstagsplenums zu beraten. Ueber die Forderung der Sozialdemokraten, mit den Plenarberatungen nicht bis zum 15. Januar zu warten, dem Tage, auf den man sich beim Eintritt in die Weihnachtsferien geeinigt hatte, geben die Ansichten der Par-Execler noch sehr auseinander.

Der Reichstag und die Friedensverhandlungen.

Am Donnerstag nachmittag hat der Hauptausschuß unter dem Vorsitz des Abg. Fehrenbach die Besprechung der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk begonnen. Sie wird mehrere Sitzungen ausfüllen und nach folgendem Programm erfolgen: 1. Politische Fragen, 2. Gefangenenaustausch, 3. die handelspolitischen und 4. die Rechtsfragen.

Eingeleitet wurden die Verhandlungen mit einer Ansprache des Reichskanzlers.

Graf v. Hertling begrüßte es mit Befriedigung, daß durch den Zusammenritt des Hauptausschusses die Möglichkeit gegeben sei, zwischen der Reichsleitung und der Volksvertretung vertrauensvoll über die wichtigsten und folgenreichsten Entscheidungen in Verbindung zu treten, die gegenwärtig zu erörtern sind. Die Regierung werde diese Gelegenheit benutzen, um Mitteilungen über den bisherigen Gang der Friedensverhandlungen zu machen und Wünsche und Anregungen der Volksovertreter entgegenzunehmen.

In Vertretung des bereits wieder nach Brest-Litowsk abgereisten Staatssekretärs v. Kühlmann berichtete dann der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Hr. v. D. Busche, über die Verhandlungen in Brest-Litowsk. Er hielt sich im wesentlichen an die schon bekannten Zeitungsberichte und betonte im besonderen:

Die Verhandlungen waren schwierig, da auf der einen Seite eine Koalition von vier Mächten, auf der anderen Seite Rußland allein steht. Die Deffektivität ist der Gang eingeleitet. Es unterrichtet als sonst nicht; auch das bedeutet eine Schwierigkeit, weil dadurch die Entente die Möglichkeit erhält, störend einzumischen. Die zunächst beratenen Einzelfragen, nämlich die Gebietsfragen, bereiten große Schwierigkeiten, indem die Russen das Selbstbestimmungsrecht der Völker in den Mittelpunkt rücken. Praktisch haben die Russen dieses Recht neuerdings Finnland zugesprochen. Ueber die wirtschaftlichen Verhandlungen in Brest-Litowsk machte der Unterstaatssekretär längere vertrauliche Mitteilungen.

Eine längere Geschäftsordnungsdebatte beschäftigte sich dann mit dem Verlangen der Kommission, Material zu erhalten über die gefassten Beschlüsse auf wirtschaftlichem Gebiet, sowie eine Zusammenstellung von Nachrichten, die der deutschen Presse vorzulegen würden, obwohl sie in der neutralen und feindlichen Presse misgefaßt sind. Auch wird von einer angeblichen Denkschrift des Herrn Rohrbach und v. Schiemann gesprochen, die im Kriegsministerium ausgearbeitet ist. Der Ausschuss wünscht, diese Denkschrift kennen zu lernen.

Die Debatte eröffnete dann Abg. Erzberger (Ztr.): Das Vorgehen der Vertreter Deutschlands in Brest-Litowsk findet im allgemeinen unsere Billigung. Das Erstaunen in vielen Kreisen unseres Volkes über die Erklärung der deutschen Delegation ist begreiflich, aber tatsächlich war die Erklärung richtig. Was die Entente tun wird, müssen wir abwarten, doch wünschen wir, daß nach Ablauf der Frist weiter verhandelt wird, um zum Frieden zu kommen. Wir wünschen eine Verständigung mit dem ganzen russischen Volk, damit nicht Reibungsflächen zurückbleiben oder neue entstehen. Die Möglichkeit hierzu ist gegeben. Den Kern bildet das Selbstbestimmungsrecht der Völker, dem wir uns ohne Vorbehalt anschließen müssen in der Auffassung, wie sie in Brest-Litowsk von beiden Seiten anerkannt worden ist. Die noch bestehende Differenz hinsichtlich der besetzten Gebiete ist im Grunde eine Formfrage, über die man sich verständigen kann. Das Selbstbestimmungsrecht muß klar und offen durchgeführt werden. Die Behandlung des litauischen Landesrats durch die Militärverwaltung ist nicht zu billigen, ja gar nicht zu verstehen.

Einige Schwierigkeiten wird die Frage machen, wann die Gebiete geräumt werden sollen. Am wichtigsten wird es sein, wenn das in bestimmter kurzer Frist nach der russischen Demobilisierung geschieht. Auf diese Weise können wir zu einem dauernden Frieden mit Rußland kommen. Der Redner verbreitet sich ausführlich über die polnische Frage, die Bedenken ihrer Lösung und die Mittel, diese Bedenken abzumildern. Eine Grundlage für das friedliche Zusammenleben der Völker läßt sich finden, und auch Rußland wird zufriedengestellt werden können, sobald Garantien für einen dauernden Frieden gegeben sind. Reichssekretär Graf Nothmann: Der litauische Landesrat wird in den nächsten Tagen zusammentreten; er war bereits im Dezember versammelt und hat selbst den Wunsch gehabt, im Januar die eigentlichen Sitzungen aufzunehmen.

Abg. Dr. David (Soz.): Was der Unterstaatssekretär mitgeteilt hat, war ausnahmslos bekannt. Man sollte mit der Geheimdiplomatie endgültig aufhören. Der Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker wird von den Alldeutschen während als eine westfremde Doktrin bekämpft, tatsächlich ist sie nicht neu.

Ein Vertreter des Kriegeministers erklärte dann, an amtlichen Stellen sei nichts von einer Denkschrift von Rohrbach und Schiemann bekannt. Dann wurde die Weiterberatung auf Freitag vertagt.

Berlin, 4. Jan. Im Hauptausschuß des Reichstages erklärte heute Reichskanzler Graf Hertling in längerer Rede unter anderem: Die russische Regierung schlägt eine Verlegung der Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk nach Stockholm vor. Eine solche Verlegung würde zu außerordentlichen Schwierigkeiten führen. Schon der Umstand, daß die direkte Verbindung der verhandelnden Delegierten mit ihren Hauptstädten in Stockholm auf größte Schwierigkeiten stoßen würde führt dazu, daß wir nicht auf den Vorschlag eingehen können. Dazu kommt, daß die Machtenshaften der Entente, zwischen der russischen Regierung und uns Mißtrauen zu sähen, dort neuen Boden gewinnen würde. Ich habe daher den Staatssekretär v. Kühlmann beauftragt, diesen Vorschlag abzulehnen. (Bravo.) Inzwischen sind in Brest-Litowsk Vertreter der Ukraine eingetroffen, mit denen wir weiter verhandeln werden. Ich füge noch hinzu, daß von Petersburg mitgeteilt ist, die russische Regierung könne auf Punkt 1 und 2 unserer Vorschläge nicht eingehen. Diese beiden Punkte beziehen sich auf die Mo-

dalitäten der Räumung der besetzten Gebiete und die Vornahme von Volksabstimmungen. Wir können davon nicht abgehen. Wir können getrost abwarten, wie dieser Zwischenfall weiter verlaufen wird. Wir flühen und auf unsere Nachsicht auf unsere logale Befinnung und auf unser gutes Recht. (Lebhaftes Bravo.) Der Hauptausschuß vertagte sich nach dieser Rede.

Allgemeine Kriegsnachrichten.

Südarabien trenn zur Türkei.

Die amtliche türkische Agentur Millî berichtet: Die bei Aden (Südwestspitze Arabiens, am Ausgange des Roten Meeres) operierenden türkischen Truppen setzen ihre heldenhafte Unternehmungen fort, an denen auch alle Oberhäupter der Stämme von Tais mit außerordentlicher Hingebung teilnehmen. In der ganzen Provinz herrscht Sicherheit.

Ein Besuch der Engländer, Marinekruppen in Hodeida (am Roten Meere) auszuschießen, wurde zurückgeschlagen. Seitdem geht die Küstenschifffahrt ungehindert vor sich. Die Treue des Imam Yahia gegenüber dem Kalifat und die Bedeutung seiner Verdienste verdienen jedes Lob. Als er die benachbarten Gegenden steuern außerhalb des aufwieglerischen Einflusses des ausländischen Scherifs Idris, der über keine Anhänger mehr verfügt und in seiner Umgebung nicht gern gesehen ist.

Alles wird knapp.

Wie der „Petit Parisien“ berichtet, konnten infolge von Transportschwierigkeiten die im letzten Monat in Frankreich gesammelten und die eingeführten Kohlenmengen nur teilweise verteilt werden. Der Munitionsmünister gestattete daher den Präfekten, die während des Sommers angelegten Kohlenreserven an die Bevölkerung zu verteilen. Der Versorgungsminister ermahnt in „Petit Parisien“ zur größten freiwilligen Einschränkung, besonders im Brotverbrauch, damit er nicht zur Einführung der Brotkarte oder gar eines dreifachen Tages greifen müsse. Den Judenbädern und Schokoladenfabriken wird kein Zucker und Mehl mehr geliefert. — Ein Dekret betreffend die Schließung der Konditoreien steht unmittelbar bevor. Der Fleischgenuss wird auch eingeschränkt und den Gasthäusern eine weitere Beschränkung der Speisekarte vorgeschrieben werden. — Privatpersonen soll der Gebrauch des Automobils vollkommen unterlagert werden.

Der Minister betont, daß der Hauptgrund für die bevorstehenden Einschränkungen der U-Boot-Krieg sei. Denn abgesehen von den Versenkungen erhöhe sich die Schiffraumnot dadurch, daß die Schiffe in Geleitzügen fahren und große Umwege zur Vermeidung besonders gefährlicher Zonen und der üblichen Schiffsfahrtswege machen müssen.

Ein deutscher Frieden.

Auf ein zum Jahreswechsel vom Magistrat der Stadt Hannover an den Generalfeldmarschall von Hindenburg gerichtetes Begrüßungstelegramm ist eine Antwort eingelaufen, in der es heißt:

„Ich trete voll Zuversicht in das neue Jahr ein mit dem festen Vertrauen, daß uns nach dem endgültigen Siege und Überwindung etwa bestehender Schwierigkeiten ein ehrenvoller, der schweren Opfer würdiger deutscher Friede beschieden sein wird. Also mit Gott getrost vorwärts!“

Friedenshoffnungen in Holland.

Das allgemeine Tagesgespräch auf der Straße und in öffentlichen Lokalen bildet in Holland das Reuters-telegramm, das fast offiziell erklärt, England, Amerika, Frankreich und Italien stünden im Gedanken-austausch, weil das Angebot der Zentralmächte, selbst mit Cernin's Bedingungen, unter Umständen auch für die Entente annehmbar wäre. Jedenfalls wird das bewusste Reuters-telegramm in diesem Sinne in Holland aufgefaßt mit dem Ergebnis, daß die optimistische Friedensstimmung noch mehr gesteigert wird. Ruhiger Denkende fragen sich allerdings, wie weit besagtes Telegramm eine Falle ist und einen nicht ganz offenkundigen Zweck verfolgt.

Der Kampf um die Brotkarte in Frankreich.

Der Beschluß Clemenceaus, von der Einführung der Brotkarte wieder abzusehen, um im Lande keine Demonstrationen heraufzubeschwören, hat die mit der Lebensmittelversorgung vertrauten Verwaltungskreise peinlich berührt. Die Bürgermeister des westlichen Frankreich haben in einer längst abgehaltenen Versammlung in Paris den Ernst der Lage dargelegt und darauf hingewiesen, daß die Brotkarte unumgänglich notwendig ist, wenn man in Frankreich eine Katastrophe vermeiden will. Nach den optimistischen Berechnungen des Bürgermeisters von Mantes, Rene Buon, wird Frankreich Ende März ohne einen Vorrat Brot sein, wenn so weitergewirtschaftet wird wie heute.

Was umstrittene französische Kriegsbudget.

Das französische Parlament hat sich erst in der Neujahrsnacht um Mitternacht über das Kriegsbudget für das erste Vierteljahr 1918 einigen können. Der Senat hat die größten Schwierigkeiten gemacht bei der Annahme der von der Regierung und der Kammer beschlossenen Erhöhung der Erbschaftsteuer und der Strafen für die Verheimlichung der Kriegsgewinne.

Die Deutschen in Italien nach dem Süden.

Die römische „Epoca“ berichtet, der Minister des Innern habe strenge Vorschriften für die Internierung aller noch in Italien befindlichen Deutschen, Österreicher und Ungarn erlassen. Nach Ablauf einer fünfjährigen Frist werden die feindlichen Untertanen nach den vier Provinzen Aquila, Avellino, Benevento und Caserta gebracht und interniert werden.

In diesen Südpfeilen herrscht zur Zeit eine Hungersnot.

Neujahrs-„Grüße“ von der Westfront.

Der Berichterstatter der „Times“ bei der britischen Armee in Frankreich meldet:

Das neue Jahr wurde von den britischen Truppen mit einem plötzlichen Orkan von Geschützfeuer eingeleitet. Um Mitternacht wurden 12 Salven aus 12 Batterien abgegeben. Dabei wurden bestimmte Punkte systematisch beschossen, während die leichteren Geschütze einen Regen von Schrapnells über das ganze Gelände niedergehen ließen. Die Deutschen antworteten auf dieselbe Weise oder indem sie mehrere Minuten lang Gordinenfeuer abgaben.

Lokales und Provinzielles.

Seisenheim, 5. Jan. Anlässlich des 300jährigen Gedächtnisses des Universitätsgründers, Fürstbischof Julius Echter zu Weipfelbrunn Versorgs in Franken, hat die Kgl. Universität Würzburg dem Reichsrat Grafen von Ingelheim Echter zu Weipfelbrunn zum Ehrendoktor in der juristischen und Staatswissenschaftlichen Fakultät promoviert.

Seisenheim, 5. Jan. In der vergangenen Nacht sind in unserer Stadt, in der Hermannstraße schwere Einbrüche verübt worden. Im Jffingerischen Hause wurden von den Einbrechern im Stalle die beiden vorhandenen Ziegen geschlachtet und mitgenommen, während sie die Köpfe der Tiere in den Ketten hängen ließen. Im Keller des Herrn Holschier wurde eine Partie Sauerbraten und Wein entwendet. Schließlich sind sämtliche Führer des Herrn Daniel eine Beute der Diebe geworden. Die Einbrüche sind mit einer außerordentlichen Frechheit ausgeführt worden, so daß wohl angenommen werden muß, daß den Einbrechern die Einrichtung der betreffenden Häuser bekannt ist. Ein Polizeihund konnte heute Morgen leider die Spuren der Täter nicht feststellen. Hoffentlich gelingt es die Täter trotzdem festzunehmen, damit eine weitere Beunruhigung unserer Einwohnerschaft vermieden wird.

Seisenheim, 4. Jan. (Eingeliefert.) Mit Staunen las ich heute an den Anschlagzetteln, daß wegen mangelhafter Sparsamkeit der Verbraucher das Elektrizitätswerk seinen Betrieb einstellen sollte. Ich frage mich: Ist es denn wirklich nötig, das Publikum dauernd öffentlich zu bedrohen und in Aufregung zu versetzen? Ist es denn unserer Behörde unbekannt, daß die Kgl. Regierung angeordnet hat, dem unter der Kriegslast genugsam leidenden Volke unnötige Aufregungen zu ersparen? Es wäre doch nichts einfacher, als diejenigen Verbraucher, die sich nicht einschränken wollen, festzustellen. Wozu sind denn die Stromzähler da? Statt die gesamten Abnehmer zu bedrohen, sollte man energisch zugreifen und jeder Familie monatlich etwa 5 Kilowattstunden zuweisen. Wenn die Familie abends sich um einen Tisch versammelt, genügt vollständig eine 250erige Lampe. Diejenigen Familien, die mehr Lampen brennen, bloß um ihre schönen Luster zur Geltung zu bringen, verständigen sich an der Allgemeinheit. Diese solle man durch Revisionen der Zähler feststellen und ihnen mit eiserner Strenge Vernunft beibringen. Aber man versuche sein Heil nicht damit, daß man das gesamte Publikum öffentlich bedroht. Als etwas anderes kann man den Inhalt der letzten Bekanntmachung nicht auffassen.

Seisenheim, 2. Jan. Die Handwerkskammer in Wiesbaden teilt uns mit: Die Beschaffung von Möbeln für Kriegsgeordnete, sowie die Deckung des Bedarfs an Möbeln überhaupt bringen jetzt und später in erhöhtem Maße Aufträge für Schreiner und Tapezierer. Dieses Gebiet soll dem Handwerk dauernd gesichert und zu diesem Zwecke müssen dessen Kräfte organisiert werden. Zunächst ist es nötig, zu wissen, welches Material und welche Betriebe für die Ausführung der Aufträge zur Verfügung stehen. Um dieses festzustellen und zu beraten, wie die Sache am besten einzurichten ist, findet am Dienstag, den 8. Januar 1918, nachmittags 3 Uhr, im Fürstenhof (Carlton Hotel), Bahnhofplatz 3 in Frankfurt am Main, und am Donnerstag, den 10. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, in der Wartburg zu Wiesbaden, Schwalbacherstraße 51, eine Besprechung statt, zu welcher alle selbstständigen Schreiner und Tapezierer eingeladen werden. An der Versammlung in Frankfurt a. M. nehmen zweckmäßig diejenigen aus den Kreisen Frankfurt, Höchst a. M., Ober-Taunus und Uffingen teil, während diejenigen aus den Kreisen Wiesbaden Stadt und Land, Untertaunus, Rheingau und St. Goarshausen am besten der Versammlung in Wiesbaden beiwohnen.

Seisenheim, 5. Jan. Durch die Bekanntmachung Nr. Pa. 1700/11. 17. R. N. A. vom 5. Januar 1918 ist die Beschlagnahme aller Mengen Papier zu Herstellung gelebter Papierlände (Sackpapier) angeordnet. Die Beschlagnahme umfaßt Veräußerungs- und Verarbeitungsverbote. Vom 20. Januar 1918 ab darf die Veräußerung und Lieferung von Sackpapier nur gegen einen Bezugsschein der Reichsdruckerei, Berlin, erfolgen. Die Verarbeitung von beschlagnahmten Sackpapier zur Herstellung gelebter Papierlände von mehr als 3000 qcm. Sackflächeninhalt bleibt zulässig. Der genaue Wortlaut der Bekanntmachung ist bei den Bürgermeistern einzusehen.

Verbotene und erlaubte Kohlenhoner. Die Erbschaften-Gesellschaft macht darauf aufmerksam, daß der Vertrieb der Kohlenhoner und Kohlenbewehrungen vom 1. Januar an verboten ist, insoweit sie nicht aus fernem Blank- oder Bodenleder ausgefertigt sind und nicht eine Stärke von mindestens 2 Millimeter besitzen. Nur der Vertrieb solcher Kohlenhoner ist noch bis zum 28. Februar gestattet unter der Bedingung, daß die Kleinverkaufspreise für das Stück bei einer Länge von 2 bis 3 Zentimetern 4 Pfg., bei einer Länge von mehr als 3 Zentimetern 5 Pfg. nicht überschreiten. Aufwendungen für Verpackung, Kartons und ähnliches dürfen nicht besonders berechnet werden.

Kleinere Eisenbahnfrachtbrieife. Die Lage der Papierversorgung macht es notwendig, auch bei den Frachtbrieifen an Papier zu sparen. Das Reichseisenbahnamt hat deshalb das Frachtbrieifenmuster mit Geltung vom 10. Januar d. Js. ab vorübergehend geändert. Das Muster für die neu zu druckenden Frachtbrieife wird in der Weise um die Hälfte verkleinert, daß die bis jetzt unbenutzte Rückseite mit der rechten Hälfte des Frachtbrieifes des jetzt geltenden Musters bedruckt wird.

Der Ausnahmetarif für Düngemittel usw. wird mit Gültigkeit vom 1. März d. Js. ab auch auf Kalkdüngesalze ausgedehnt. Zu dieser Klasse von Gütern rechnen auch Kalkmagnesia bis zu einem Kalkhöchstgehalt von 42 Prozent und Kiefern, kalziniert und gemahlen. Die Frachtmäßigung um 20 Prozent wird für diese Güter bis auf weiteres nur gewährt unter der Bedingung der Frachtabgabe für das Ladegewicht der gestellten Wagen; bei Ausnutzung des Ladegewichts wird kein Nachschuß mehr gewährt.

Regulierung der Höchstpreise für Hühner. Die im Dezember 1916 festgesetzten Höchstpreise für Hühner entsprachen nicht mehr den inzwischen erheblich gestiegenen Herstellungskosten. Der Reichsanwalt hat daher die Herstellerhöchstpreise um je 50 M. für die ganze Riste oder die entsprechende Packung (um 25 M. bei Verpackung in Schachteln oder Koffern, zu je 300 Stück) und die Zuschläge für imprägnierte bunte und für flache Hühner um je 20 M. erhöht. Entsprechend sind die Kleinhandelshöchstpreise für das Pack um je 5 Pfennig heraufgesetzt. Für eine Schachtel Sicherheitshühner oder überall entzündbare Hühner beträgt der Höchstpreis jetzt 5 Pf. (früher für 2 Schachteln 9 Pf.), für 2 Schachteln imprägnierte bunte oder flache Hühner 11 Pf. (früher für eine Schachtel 5 Pf.).

Vom Mittelrhein, 4. Jan. Ganz ungewöhnliche Wasserstandsverhältnisse hat dieser Winter am Rheine gebracht. Während sonst im Dezember Hochwasser zu verzeichnen war, ist im letzten Jahr und auch jetzt noch ein ganz niedriger Pegelstand festzustellen. Im Durchschnitt ist der Wasserstand um rund 5 Meter niedriger als im Vorjahre. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß im Vorjahre, wenn man vom Hochwasser des Jahres 1910 abliest, der höchste Wasserstand der letzten 20 Jahre verzeichnet werden konnte. Für die Rheinschifffahrt ist der niedrige Wasserstand, wie er augenblicklich herrscht, nicht günstig, da die größeren und mittleren Schiffe und Rähne nur zum kleinen Teil der Ladefähigkeit betrachtet werden können.

Wiesbaden, 5. Jan. Dem Kaufmännischen Verein ging aus einem Vergleich in einer kaufmännischen Streitfrage ein Betrag von 2000 Mark zu mit der Bestimmung, denselben zur Unterstützung von durch den Krieg geschädigten selbständigen und angestellten Kaufleuten zu verwenden.

Vom Main, 3. Jan. In Hochheim am Main wurden in der letzten Zeit verschiedene Abchlüsse in 1917er Weinen vollzogen. Ein Posten von 12 Halbstück 1917er wurde zu 3970 M. das Halbstück, ein Posten von 14 Halbstück 1917er zu 3500 M. das Halbstück verkauft. Der gesamte Erlös für diese 26 Halbstück stellte sich auf rund 108 000 Mark.

Aus Rheinhessen, 3. Jan. Bereits jetzt schon hat die Nachfrage nach Spargeln eingekehrt. In allen Spargelbau treibenden Gemeinden suchen die Verwaltungen der großen Städte im ganzen Gebiete des Rheines und der Ruhr Abchlüsse auf Spargeln zu vollziehen. Bereits wurden auch solche Abchlüsse schon erledigt. Bei dieser starken Nachfrage ist sicher nicht damit zu rechnen, daß die Preise für Spargeln in diesem Jahre niedrig ausfallen und eine Mk. für das Pfund wird sicher angelegt werden, denn dieser Preis wurde bereits bewilligt. Ein bedeutender Teil der zu erwartenden Spargeln wurde auf diese Weise bereits fest verkauft.

Hingerbrück, 3. Jan. Der Kreislandtagsverband hat zur Sicherstellung des Schlachtviehs das gesamte Rindvieh, das ein Lebendgewicht von mehr als 4 Zentner aufweist, für seinen Bedarf beschlagnahmt. Lediglich das Zugvieh wurde davon ausgeschlossen. Bei dem Vorstehen des Kreislandtags ist für jeden Kauf- oder Tauschab- schluß die schriftliche Genehmigung einzuholen.

Aus aller Welt.

Berliner Verbrechensfahrten. In Quartier bei Mogau drangen nachts Einbrecher in das Stadthaus. Durch das Geräusch geweckt, begaben sich der Ortsvorsteher und seine Frau in die Amtsräume. Dort begegneten sie zwei Männern, die nach vollbrachtem Einbruch im Begriff standen, das Amtsgelände zu verlassen. Einer der Männer versetzte dem Ortsvorsteher einen Schlag gegen die Stirn, so daß er zurückschlug und eine blutige Wunde davontrug. Der andere Einbrecher schlug der Frau des Ortsvorstehers die brennende Petroleumlampe aus der Hand. In der Dunkelheit gelang es beiden Einbrechern, mit dem in einem Handtuch geborgenen Raube von etwa 20 000 Mark zu entkommen. In Ottenhof (Kr. Sprottau) wurden die Verbrecher, die sich als Berliner entpuppten, gefasst; einer von ihnen ist später entkommen.

„Fest“ in der Welt zugrunde. In Sylvestersfeier in Berlin hat einen Verlauf genommen, wie seit langem nicht. Im Gegensatz zu früher spielte sich das Treiben weniger in der Doffen- lichkeit ab. Dafür aber ging es in den Lokalen um je höher her. Ein großer Teil der Berliner Bevölkerung erwartete das neue Jahr in irgend einem Kaffee- haus, Kabarett oder Weinrestaurant. Der Andrang auf die einzelnen Lokalitäten war so stark, daß schon Tage vorher alle Plätze durch Vorausbestellung ver- geben waren. Die Verkehrsmittel waren lange Zeit hindurch stichtbar überlastet, und zwar in allen Stadt- teilen. Die Restaurants „entschädigten“ sich für den Andrang durch ganz fabelhafte Preise, ohne damit auf Widerspruch zu stoßen.

Schauerliche Mordtat. Eine furchtbare Mordtat wurde in dem südlichen Ostertal im Wiener Vor- ort Simmering verübt. Dort wurde ein junger Ar- beiter erschlagen. Der Täter ist unbekannt. Der Mord ist dadurch besonders gräßlich, daß dem Opfer am rechten Oberschenkel ein dreißig Zentimeter langes und zwölf Zentimeter breites Stück Fleisch bis zum Kno- chen herausgeschnitten wurde. Dieses Stück Fleisch hat der Täter mitgenommen.

Das Tagebuch des Höhlenbewohners. In Rol- lung entdeckte die Polizei in einem Waldversteck eine bewohnte Höhle. In der Nacht schlief sich eine Pa- trouille an das Versteck. Als auf Anruf der Höhlen- bewohner nicht herauskam, feuerten die Gendarmen mehrere Schüsse ab, worauf sich zwei Mann im Höhlen- eingang zeigten: ein gewisser Adam Jensen aus Rol- lung und sein Bruder. Die Gendarmen fanden außer der modernen Kücheneinrichtung auch viel Silberzeug, Messer und Gabeln. Es herrschte peinliche Sauber- keit und Ordnung. Jensen hatte ein Tagebuch über seine zahlreichen Willensbrüche geführt, so daß Zeit und Stunde der Tat sich gleich feststellen ließ.

Der Roman einer Nixtöchter kam in Allen- stein vor der Strafkammer ans Licht. Die 25 Jahre alte Delene Krawinska aus Hohenfalka wurde von der Anklage der Urkundenfälschung freigesprochen, ob- wohl ihre Mitwirkung bei Unterschlagungen klar zu Tage lag. Das Gericht erkannte, daß sie willenslos in der Nacht eines Schwindlers hand. Vor 6 Jahren

hatte sie diesen, der sich „Derauwer“ bogdan von Gzarnowski aus Posen“ nannte, kennen gelernt und stand seitdem so in einem Bann, daß sie ihm in alle Welt folgte. Der Schwindler, ein gewisser Klima- schewski, ließ das Mädchen in der Kirche vor dem Altar mit erhobener Hand den Schwur leisten, von ihrem Bogdan nicht abzulassen. Sie lebten dann in wilder Ehe in einer Villa in Jopopot. Dann erfuhr das Mädchen, daß der Mann verheiratet und Vater von 7 Kindern war, blieb aber bei ihm und lebte 5 Jahre mit ihm in Neuport. Der Mann behandelte sie schlecht, prügelte sie sogar, aber sein Bild machte sie willenlos. Nach Deutschland zurückgekehrt, legte sich Klimaschewski auf Schwindeleien, wobei er das Mädchen als Wert- zeug gebrauchte, bis die Polizei eingriff.

Gänse von Ratten vernichtet. Von Ratten angegriffen wurde in einer Straßburger Gänsefäster- ei ein halbes Duzend im letzten Stadium der Wäpfung befindliche Gänse. Man hatte diese, wie das in Straß- burg so üblich ist, im Kellerraum in ganz engen Käfigen unbeweglich gehalten. Tüdergroße Fleischstücke hatten die Rager aus dem Käfigen gebissen und sich an dem fetten Fett unter den Flügeln wohlgetan.

Zwangskauferei. In Nordhausen fordert der Magistrat die Hilfsdienstpflichtigen Schuhmacher auf, mindestens zehn Paar Schuhe wöchentlich für die Liefe- rungs- und Rohstoffgenossenschaft auszubessern, widri- gensfalls ihre ganze Arbeitskraft dem Hilfsdienst nutz- bar gemacht wird und sie in gemeinschaftlicher Werk- statt zu arbeiten haben.

Von der Kuh getötet. In Trischenberg (Obb.) hat die Veltnerbäuerin Anna Stadler einen schrecklichen Tod gefunden. Die Frau wollte eine verkaufte Kuh aus dem Stall führen. Das Tier wurde dabei wild und brachte der Frau, Kriegerfrau mit 5 Kindern, so schwere Verletzungen bei, daß sie in kurzer Zeit eine Leiche war. Das Tier mußte erschossen werden.

Neueste Nachrichten.

TU Berlin, 3. Jan. Abends. Amtlich. Von den Kriegsschiffen nichts Neues.

TU Berlin, 4. Jan. Im östlichen Kermel-Kanal sind von unseren U-Booten kürzlich 21 000 Br.-Reg.-To. vernichtet worden. Sämtliche Schiffe waren schwer beladen und be- waffnet und fuhren bis auf eine unter starker Sicherung. Ein tiefbeladener großer Landdampfer, der Kurs auf Cher- bourg hatte, wurde aus einem starken durch viele Fischdampfer und U-Boots-Zerstörer gesicherten Geleitzug herausgeschossen. In dem Erfolg, der unter erschwerten Verhältnissen er- rungen und darum um so anerkannterwert ist, war in erster Linie ein kleines U-Boot beteiligt, das unter der schneidigen Führung seines Kommandanten Oberleutnant zur See Stein- dorf im Dezember vorigen Jahres durch schnelles Arbeiten in 2 Unternehmungen insgesamt 22500 Br.-Reg.-To. vernichtet hat.

Der Gef. des Admiralsstabes der Marine.

TU Berlin, 4. Jan. Der Verlust dieses Landdampfers trifft die Entente um so schwerer, als der deutsche Bericht seit Mitte vergangenen Monats bereits ähnliche Versenkungs- fälle melden konnte. Die Frage der Oeleinfuhr, die für die Versorgung der auf Oelfeuerung angewiesenen feindlichen Kriegsschiffe große Bedeutung hat, gestaltet sich immer kri- tischer für den Verband. Vor kurzen trat in Washington ein Ausschuss englischer und amerikanischer Fachleute zusammen um über die Oelverteilung zu beraten.

Die U-Boot Abwehr, zu der besonders Motorschiffe herangezogen werden müssen, hat durch Erweiterung des Sperrgebietes und durch vermehrten Oelverbrauch den eng- lischen Import vor neue Schwierigkeiten gestellt. Eine der neuesten Wirkungen äußert sich in dem Verbot des Autofahrens von Privaten in England. Zur Bewehrung der erregten Bevölkerung funkte Goldhu die) Nachricht in die Welt, daß in England ein Oelbrunnen entdeckt worden sei, der jährlich 160 000 Galonen liefern könnte. Was Goldhu verschwie, ist, daß England einen jährlichen Bedarf von 600 Millionen Galonen hat, daß also 160 000 To. seine Abhängigkeit von überseeischen Zufuhren aus Amerika und Asien nicht nennenswert zu mindern in der Lage sind.

TU Berlin, 4. Jan. In der heutigen Sitzung des Hauptausschusses, die bereits um 10 Uhr beginnt, werden, wie das „Berliner Tageblatt“ hört, die einzelnen Parteien der Reichstagsmehrheit zu der gestrigen Erklärung des Reichstanzlers über den Abbruch der Friedensverhandlungen in Vrest-Litowsk Stellung nehmen. Die bürgerlichen Par- teien dürften sich dabei ziemlich rückhaltlos hinter die Re- gierung stellen und erklären, daß man tatsächlich in dem Wunsche der Russen, den Verhandlungsort nach Stockholm zu verlegen, nicht nachkommen könne. Sodann werde man versichern, daß die Russen an der Aufrichtigkeit Deutschlands, den Völkern in den besetzten Gebieten in loyaler Weise die Abstimmung über ihr künftiges staatliches Geschick zu ermöglichen, nicht zu zweifeln brauche. Die sozial- demokratische Fraktion scheint, ganz abgesehen von den Unabhängigen, nicht ganz so weit wie der bürgerliche Flügel der Mehrheitsparteien in dem Vertrauen zu dem Kabinett Hertling gehen zu wollen. Es ist sehr wahr- scheinlich, daß der Reichstanzler heute noch einmal das Wort ergreifen wird, um seine gestrigen, recht kurzen und bestimmten Erklärungen zu erläutern, d. h. in einem etwas verständlicherem Geiste anzudeuten.

TU Berlin, 5. Jan. Die Verhandlungen der Par- teien mit dem Reichstanzler dauerten gestern den ganzen Tag über an, bis in die späten Abendstunden. Nach einer interfraktionellen Besprechung der Mehrheitsparteien, d. h. des Zentrums, der Fortschrittlichen und der Sozial-Demo- kraten, begaben sich Vertreter dieser Parteien zum Grafen Hertling. Die Nachricht, daß die Mehrheit auseinander gefallen sei, entspricht, wenigstens zur Zeit, nicht den Tat- sachen. Man erwartet, daß die heutigen Verhandlungen des Hauptausschusses einen bedeutsamen Verlauf nehmen werden, und von ihm dann auch die weitere Entwicklung der Dinge im Inneren abhängen wird. Der Versuch der Sozial-Demokratie, die vorhandenen Schwierigkeiten zu be- seitigen, ist, wie der Vorwärts berichtet, nicht aufgegeben und im Augenblick auch noch nicht hoffnungslos.

TU Stettin, 4. Jan. Die Sturmflut zerriß bei Damkrort 200 Meter Dünen. Die Ostsee flutet bis Sudo- werseg. Damkrort ist überschwemmt und äußerst bedrängt.

TU Stockholm, 4. Jan. Der König beschloß im gestrigen Ministerrat, Finland als unabhängigen Staat anzuerkennen.

TU Von der Schweizer Grenze, 4. Jan. Die Baseler National Zeitung meldet aus Kopenhagen: ein offizieller Vertreter der Bolschewiki-Regierung begibt sich augenblicklich nach Dänemark, wegen einer Verlegung der Friedenskonferenz nach Kopenhagen, um dort Besprechungen aufzunehmen.

TU Von der Schweizer Grenze, 5. Jan. Die Prawda meldet: Die russische Regierung bewilligt keine Fristverlängerung für die Allierten. Morning Post berichtet: Die bevorstehende neue amtliche Erklärung der Allierten über die Bedingungen, unter denen sie zu Friedensbespre- chungen bereit sind, bringen keine Aenderung der bisherigen Erklärungen der Entente in der Frage der Kriegsziele. Der Gegensatz der Grundsätze zwischen den beiden Mächte- gruppen ist daher vorläufig unüberbrückbar.

Privattelegramm der „Geisenheimer Zeitung“

WTB Großes Hauptquartier, 5. Jan.

Westlicher Kriegsschauplatz.

An der flandrischen Front, östlich von Ypern, in einigen Abschnitten zwischen Scharpe und Somme, sowie in der Gegend von Avocourt und St. Quentin entwickel- ten sich zeitweise lebhafteste Feuerkämpfe.

An der übrigen Front war die Artille- rietätigkeit auf Störungsfeuer beschränkt. Deftlich von Bullecourt hatte eine ge- waltsame Erkundung vollen Erfolg und brachte eine größere Anzahl gefangener Engländer ein.

Ostlicher Kriegsschauplatz

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Keine besonderen Ereignisse.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Zwischen der Brenta und dem Montello lebte das Artilleriefeuer vorübergehend auf.

Der Generalquartiermeister Lubendorf.

Spielplan des Kgl. Theaters zu Wiesbaden

vom 6. bis 13. Januar.

Sonntag, Nachm. Bei aufgeh. Abonnement! Auf Allerhöchstem Befehl: Vorstellung für die Kriegsarbeiterchaft: „Die Tante aus Sparta“ Anf. 2 Uhr. Abends Ab. A. Zweites und letztes Gastspiel des Kammerängers Herrn Gustav Schwegler v. d. Königl. Oper in Berlin: „Die Zauberflöte“ Anf. 6 Uhr. „Sarastro“ Herr Kammerängers Schwegler a. G.

Montag, Ab. B. „Der arme Heinrich“ Anf. 7 Uhr.

Dienstag, Aufgeh. Ab. „Dreimäderlhaus“ Anf. 7 Uhr.

Mittwoch, Bei aufgeh. Abonnement. Volkspreise 12.

Volkssabnd: „Könige“ Anf. 7 Uhr.

Donnerstag, Ab. C. Einmaliges Gastspiel der Kammer- sängerin Frau Ottilie Mehger-Lattermann vom Stadttheater in Hamburg: „Der Troubadour“ Anf. 7 Uhr. „Acuzena“ Frau Ottilie Mehger- Lattermann a. G.

Freitag, Ab. A. „Die Journalisten“ Anf. 7 Uhr.

Samstag, Aufgeh. Abonnement! Gastspiel des Frh. Hannelore Ziegler vom Großherzog. Hof- und Nati- onaltheater in Mannheim: „Die Hand“ Anf. 7 Uhr. „Brette“: Frh. Hannelore Ziegler als Gast. Hierauf: Eigene Tänze von Hanne- lore Ziegler.

Sonntag, Ab. D. „Lohengrin“ Aufg. 4 Uhr.

Kath. Gottesdienst-Ordnung in Geisenheim

Samstag, d. 5. Jan. von 4 Uhr an ist Gelegenheit zur hl. Beichte.

Sonntag, d. 6. Jan. Fest der hl. drei Könige 7 Uhr Frühmesse, 8¹/₂ Uhr Schulgottesdienst. 9¹/₂ Uhr Hochamt, 2 Uhr: Andacht. 3¹/₂ Uhr Weihnachtsfeier des Frauenbundes und Marienvereins im Vereinssaale, bei der außer einem The- aterstück eine Verlosung stattfindet.

Nächsten Sonntag ist in unserer Kirche der Tag des ewigen Gedech- nisses, welches morgens um 6 Uhr beginnt und mit der abends um 6 Uhr anfangenden Schlussandacht endigt. Die Früh- messe ist um 7, die Schlußmesse um 8, das Hochamt um 9 Uhr. Die Stundenordnung ist an den Kirchentüren zu lesen. Tags zuvor ist von 4 Uhr an Gelegenheit zur hl. Beichte. In heiligen Sakramentenempfangen werden alle besonders die Frauen und Jungfrauen eingeladen.

Stiftungen

Montag, 7¹/₂ Uhr Exequienamt für Johann Kreis.

Dienstag, 7 Uhr Gest. hl. Messe für die Eheleute Peter Hahnauer und Theresie geb. Vollmer.

7¹/₂ Uhr Amt für Georg Friedrich bestellt vom Gesellenverein

Mittwoch 7 Uhr: Gest. hl. Messe für die Eheleute Georg Fried- rich und Anna geb. Vollmer.

7¹/₂ Uhr Amt für den im Krieg gefallenen Jakob Eiser, bestellt vom Gesellenverein.

Donnerstag, 7¹/₂ Uhr Gest. Amt für Anna Maria Cech.

Freitag, 7 Uhr Gest. hl. Messe für die Eheleute Peter Hahnauer

7¹/₂ Uhr Gest. hl. Messe für Wendelin Vollmer und Ehefrau Josepha geb. Kusler.

Samstag, 7 Uhr hl. Messe für Anton Müller.

7¹/₂ Uhr hl. Messe für Helene Eberhard.

Evangel. Gottesdienst-Ordnung in Geisenheim.

Sonntag, 6. Jan. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst.

11 Uhr Kindergottesdienst.

Kriegs-Trauerbildchen

als Andenken an Gefallene, in verschiedenen Mustern erhältlich in der Geschäftsstelle der Geisenheimer Ztg.

Kaiser und Reichstag.

Beim Jahreswechsel ist vom Präsidenten des Reichstags Erzelenz Dr. Kaempfer an Seine Majestät den Kaiser folgendes Telegramm gerichtet worden:

„Euer Kaiserliche und Königl. Majestät bitte ich, beim Jahreswechsel die ehrfurchtsvollsten und herzlichsten Glückwünsche des Reichstags entgegenzunehmen zu wollen. Euer Majestät bilden mit dem deutschen Volke auf ein Jahr zurück, das den deutschen Waffen und denen seiner Verbündeten zu Wasser, zu Lande und in den Lüften die reichlichsten Erfolge gebracht, den unwiderstehlichen Offensivgeist unserer Heere und Flotten von neuem bewiesen und die Widerstandskraft des deutschen Volkes an der Front und in der Heimat zum glänzendsten Ausdruck gebracht hat. Das Samenorn des Friedens, das Euer Majestät mit Eurer kaiserlichen Verbündeten am 12. Dezember 1916 gesät, ist aufgegangen. Mit Eurer Majestät treten wir in das neue Jahr in der begründeten Hoffnung ein, daß das blutige Völkerringen sich seinem Ende nähern und uns dem ersehnten Ziel eines Friedens entgegenbringen wird, der unsere und unserer Verbündeten unbedingte Entwicklung aller geistigen und wirtschaftlichen Kräfte in der Welt gewährleistet. Möge des Allmächtigen Segen ruhen auf Eurer Kaiserlichen und Königl. Majestät, dem ganzen Kaiserlichen und Königl. Hause und auf unserem geliebten Vaterlande!“

Darauf ist folgende Antwort eingegangen:

„Ich danke Ihnen herzlich für die freundlichen Wünsche, die Sie mir im Namen des Reichstages beim Ausgang aus dem alten und ruhmgekrönten Jahre dargebracht haben. Den unerschütterlichen Willen, einen die Zukunft und Wohlfahrt des Reiches sicherstellenden Frieden zu erkämpfen, wird das deutsche Volk — das vertraue ich zuversichtlich — auch im neuen Jahre an der Front und dahinter in Treue zu Kaiser und Reich fruchtvoll betätigen. Und mit Gottes Hilfe wird das schwere Werk gelingen und das ersehnte Friedensziel in absehbarer Zeit erreicht werden.“
Wilhelm I. R.“

Am 5. Januar 1918 ist eine Bekanntmachung Nr. Ps. 1600/11, 17 R. A. A., betreffend Beschlagnahme von Papier zur Anfertigung gelebter Papierscheine erlassen worden. Der Wortlaut der Bekanntmachung ist in den Amtsblättern und durch Anschlag veröffentlicht worden.
Stellvert. Generalkommando 18. Armee Korps.
Gouvernement der Festung Mainz.

Bekanntmachung.

Mittwoch den 9. und Donnerstag den 10. Januar werden die den Versorgungsberechtigten auf Grund der Anordnung des Kreisamtes vom 24. Oktober v. Js. statt Brotstreckungsmittel bis 31. Januar d. Js. zustehenden Kartoffeln (20 Pfund auf die Person) in dem Freiherr von Zwickel'schen Keller in nachstehender Reihenfolge verausgabt:

Für die Familien mit den Anfangsbuchstaben	
A—B am Mittwoch von 9—11 Uhr	
C—F	11—12 .
G—H	2 . 3 .
I—L	3—4 .
M	4—5 .
N	9—10 .
O—P	10—11 .
Q—R	11—12 .
S	2—3 .
T—V	3—4 .
W—Z	4—5 .

In Betracht kommen diejenigen die ihre Kartoffeln von dem Erzeuger bezogen haben. Die Bezugsscheine sind am Mittwoch Vormittag bei der Stadtkasse gegen Zahlung des Betrages (Mk. 6,80 die 100 Pfund) abzuholen.

Geisenheim, 5. Januar 1918.

Der Beigeordnete: Kremer.

Bekanntmachung.

Vom 14. Januar 1918 ab tritt in hiesiger Stadt die neue Anordnung zur Regelung der festen Grundsteuer beim Verbrauch von Brot und Mehl in Kraft und werden die Karten hierzu ausgegeben wie folgt:

am Montag den 7. Januar 1918
von 9—10 Uhr für die Lebensmittellarteninhaber
Nr. 1—70, 391—450, 745—800,
10—11 „ „ 71—140, 451—500, 801—850,
11—12 „ „ 141—200, 501—560, 851—900.

am Dienstag den 8. Januar 1918
von 9—10 Uhr Nr. 201—270, 561—620, 901—950,
10—11 „ „ 271—340, 621—680, 951—1000,
11—12 „ „ 341—390, 681—744, 1001—1030.

Das Publikum wird dringend ersucht, sich genau an der ausgeschriebenen Reihenfolge zu halten zur Vermeidung von Störungen. Alle Lebensmittellarten ist vorzulegen.

Es werden an die Haushaltungen Verbraucher- und Bäckerkarten ausgegeben. Erstere bleiben im eigenen Besitz und sind bei jeder Brotabholung dem Bäcker zur Entwertung des in Frage kommenden Wochenfeldes vorzulegen; die Bäckerkarten sind dem Bäcker, bei welchem das Brot des Halbjahres hindurch bezogen werden soll, nach vorheriger Eintragung des Namens des Bäckers (mit Tinte) bis spätestens Mittwoch den 9. d. Mts., mittags 12 Uhr, abzugeben. Es steht den einzelnen Haushaltungen frei, bei verschiedenen Bäckern ihre Rundschaft anzumelden. Während des Halbjahres ist ein Wechsel unzulässig.

Bei Abmeldungen, Reisebrotmarken- und Zwiebackkarten-Anforderung sind stets die Verbraucher- u. Bäckerkarten hier vorzulegen.

Geisenheim, 5. Jan. 1918.

Der Magistrat Kremer, Beigeordneter.

Hilft alles nichts.

Weder „Standardship“, — noch Geleitzug.

Es ist mit dem stolzen England weit gekommen. Die Regierung läßt auf allerlei Anfragen erklären:

„Die Verbündeten und die neutralen Regierungen (H) wünschen nicht, daß die Gesamtzahlen ihrer Verluste, die Runciman verlangt, gegeben werden.“

Eine bessere Befestigung der Wichtigkeit unserer Meldungen über die U-Boots-Erfolge können wir uns gar nicht wünschen. Und ein durchschlagendes Eingeständnis der Ohnmacht gegenüber den U-Booten ebenfalls nicht.

Die Geleitzüge helfen ja nicht.

Das muß man endlich zugeben. Die „Daily News“ geben zähneknirschend zu:

„Die neuerdings erfolgte Zerstörung eines Geleitzuges muß außer Entrüstung tiefgehende Besorgnis im Volke hervorrufen, die dadurch nicht vermindert wird, daß man diesem die Tatsache so lange vorenthält. Es fällt schwer, mit der nötigen Zurückhaltung von einem Unglück zu sprechen, welches, abgesehen von seinem Umfang, ein dermaßen bellagenswertes Versagen trotz der vor einigen Monaten erhaltenen Lektion erkennen läßt. Das Volk hat ein Recht auf volle Wahrheit sowie auf eine entsprechende Bestrafung der Schuldigen und wird sich mit der offiziellen Erklärung, daß niemand verantwortlich gemacht werden kann, nicht zufrieden geben. Daran hat es mehr als genug gehabt, sei es auf dem Lande oder zur See, von der „Goeben“ angefangen bis Mesopotamien. Inzwischen sind wir gezwungen, von neuem eine Antwort auf die seit 2½ Jahren gestellte Frage zu fordern, ob die Fähigkeiten der in der Admiralität verwandt werden. Die Nation setzt unbegrenztes Vertrauen in die Flotte, aber das Vertrauen in die Admiralität hat — abgesehen für eine kurze Periode — nicht diesen unbedingten Charakter getragen. Die Angelegenheit ist um so ernster, als die Gefahr vorliegt, daß der Geist der Marine unter diesen Vorkommnissen leidet. Dem muß unter allen Um-

ständen begegnet werden, und wir setzen an eine Regierung die dringliche Forderung, diese von uns gestellte Frage furchtlos und ohne sich von anderen Rücksichten als die Sicherheit der Nation leiten zu lassen, einer Lösung entgegenzuführen.“

Und die Standardship-Einheitstyp bauen sich nur langsam.

So große Hoffnungen man sich darauf macht, jeht muß man einsehen, daß man damit in einem Jahre nicht an Schiffsraum schaffen kann, was wir in einem Monat versenken:

In der Wochenschau der „Nation“ vom 15. Dez. heißt es: „Die jüngste Wochenziffer der von den Unterseebooten versenkten großen Schiffe — vierzehn — ist wieder hoch, wodurch natürlich auch der Monatsdurchschnitt beträchtlich steigt. Die Schiffsverluste sind ein schwerer Faktor der Gesamtlage; der Premierminister muß daher die Zweifel, die eine oberflächliche Behandlung dieser Frage erregt, zu verstehen und zu beheben suchen. Sir R. Chiozza Money's Antworten auf die dahingehenden Fragen folgen der trivialen Methode, die Lloyd George eingeführt hat. Der Bau der Standardship bedeutet nach Sir Leo nicht den ganzen Umfang des neuen Schiffbaues. Er führte dann Zahlen an, aus denen hervorging, daß für November die ganze ankommende Tonnage an Einheitschiffen unter 50 000 Tonnen (die unsere U-Boote in 2 Tagen versenken. D. Red.) blieb, und knüpfte daran die Versicherung, daß wir der Möglichkeit meßbar nahe gekommen seien, unsere monatlichen Schiffsverluste auszugleichen. Wenn wir keinen unklaren Ausdrücken überhaupt etwas entnehmen können, so müssen wir annehmen, daß eine sehr große Tonnagezahl von Nicht-Einheitschiffen bei uns oder in Amerika gebaut wird. Aber die Antwort ist als Beruhigung über die Schwere der Schiffsverluste beinahe wertlos. Auch nimmt sie stillschweigend an, daß nur ganz verlorene Schiffe ein Schaden für uns sind, während doch die Zahl der Schiffe, die sich beschädigt mit Hilfe heimfinden, gleichfalls sehr stark ins Gewicht fällt. Was sollen also alle diese Schnitzelberechnungen?“

Bekanntmachung.

Anmeldung zur Rekrutierungsstammrolle 1898.

Die noch nicht ausgehobenen Militärpflichtigen des Jahrgangs 1898 und der älteren Jahrgänge, welche hier wohnen, werden hierdurch aufgefordert, sich bis zum 15. Januar 1918 zur Stammrolle zu melden. Die Militärausweise und bei auswärtig geborenen des Jahrgangs 98 die Geburtsurkunden, sind vorzulegen.

Anmeldung zur Landsturmrolle 1900.

Die in den Monaten Oktober, November u. Dezember 1900 geborenen Landsturmpflichtigen werden hiermit aufgefordert, sich bis zum 10. Januar 1918 hier zur Stammrolle anzumelden.

Geisenheim, 4. Jan. 1918.

Der Bürgermeister: J. B. Kremer, Beigeordneter.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden und der Beerdigung meiner lieben Gattin, unserer guten Mutter, Tochter und Schwester

Frau Magdalena Eisele

geb. Graf

sagen wir Allen unsern tiefgefühlten Dank. Besonders danken wir für die reichen Kranz- und Blumenspenden.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Geisenheim, Nüdesheim, Mannheim, den 5. Januar 1918.

F. J. Petry's Zahn-Praxis

Gegründet 1898 Bingen a. Rh., Neubau Mainzerstr. 73/10

Neu! Petry's Patent-Gebissstahlhalter.

Deutsch- Reichspatent. Oberersatzstücke mit diesem Sanger gefertigt, halten unbedingte fest. Die Petry Patent-Festhalter können auch in jedes alte Gebiss Oberersatzplatte angebracht werden. Preis billigst! Spezial: Goldkronen aller Systeme. Unsichtbare Porzellan-Plomben. Schmerzloses Zahnziehen in Narkose. Füllen der Zähne und Reinsagen nach den neuesten Erfahrungen der Wissenschaft.

Friedr. Exner, Wiesbaden

Fernsprecher 1924 16 Neugasse 16 Fernsprecher 1924

empfiehlt in reicher Auswahl

Unterhosen, Unterjacken, Hemden, Socken,

Strümpfe, Strickwolle,

Westen, Leibbinden, Kniewärmer, Handschuhe,

Halsbinden, Hosenträger, Taschentücher.

Orden, Ordensbänder, Ordensdekorationen,

herren-, Damen- und Kinder-Wäsche,

Kragen, Manschetten, Kravatten.

Pfähle

Weinbergs Stichel 1,50, 1,75 und 2 Meter lang. Große Auswahl in kyanisierte und imprägnierte Baumstübe; dicke imprägnierte u. kyanisierte Pfähle zu haben bei.

Gregor Dillmann.

Lose

d. Rgl. Preuß. Klassenlotterie
Ziehung: 1. Klasse
8. Januar 1918.
5.— 10.— 20.— 40.— pro Kl.
Porto 25 Pfg. empfiehlt
Fellesheim,
Rgl. Preuß. Lotterie-Ginn.
Bingen a. Rh.

Alle Sorten

Gemüse

Blumenkohl, Schwarzwurzel, Wirsing, Weißkraut, Krausekohl, Endivien, u. Feldsalat, Grünes, Merrettig, Gelberüben, gelbe u. weiße Erbsen, Ingwer, Eingemachte Rüben p. p.

Als Obst:

Äpfel u. Nussapfel
Tafel-Genf, Drogen-Extrakt

Gregor Dillmann
Marktstraße.

Arbeiter und Arbeiterinnen

nimmt ständig an

Chemische Fabrik, Winkel.

Prima Flaschenbier

in und außer dem Hause

Hotel zur Linde.

Kathol. Frauenbund

Deutschlands :: ::

Zweigverein Geisenheim

Weihnachtsfeier.

Sonntag, 6. Jan. im Saale

der Germania kath. Vereins

Anfang pünktlich 3¼ Uhr.

Weihnachtsspiel.

In David's Stadt

2 Aufzüge v. Maria Deoata.

Danach Verlosung. Der

Marienverein ist febl. einge-

laden. Die Mitglieder der

beiden Vereine erhalten

ein Freilos und zahlen für

den Eintritt 20 Pfg. zur

Deckung der Unkosten. Nicht-

mitglieder zahlen 1 Mark.

Kinder haben keinen Zutritt.

Kassenöffnung 5 Uhr.

Wir suchen zum baldigen

Eintritt einen tüchtigen,

zuverlässigen

Gärtner (-in).

Angebote mit Zeugnis-

abschriften und Angabe der

Gehaltsansprüche erb. an:

Gewerkschaft Quint in

Quint bei Trier.

1 Biege

zum Schlachten gesucht.

Zu erfragen in der Geschäfts-

stelle.

Pianos eigener Arbeit

mit Garantie

Rob. Studier-Piano

1,22 m h. 450 Mk.

2 Kasia-Piano

1,25 m h. 500 Mk.

3 Rhenanian A

1,28 m h. 570 Mk.

4 Rhenanian B

1,28 m h. 600 Mk.

5 Rhoganian A

1,30 m h. 650 Mk.

6 Rhoganian B

1,30 m h. 680 Mk.

7 Salon A

1,32 m h. 720 Mk.

8 Salon B

1,32 m h. 750 Mk.

u. f. w. auf Raten ohne Auf-

schlag per Monat 15.— 20 Mk.

Kasse 5% — Gegründet 1834

Wilh. Müller

Rgl. Span. Hof-Piano-Fabri

Reims.

Bei allen

Einkäufen

nehme man Bezug

auf die in dies. Zei-

tung sich empfeh-

lenden Geschäfte.